https://www.gen-ethisches-netzwerk.de/node/143

Gen-ethischer Informationsdienst

Kurz notiert: Landwirtschaft & Lebensmittel

AutorIn
GID-Redaktion

Monsanto: Alles für die Bauern?

Der US-Biotechnologiekonzern Monsanto hat eine neue Initiative angekündigt, mit der die US-amerikanischen Bauern, die jetzt schon Monsantos gentechnisch veränderte herbizidresistente Sojabohnen anpflanzen, "belohnt" werden sollen: Innerhalb der "U.S. Soybean Farmer Partnership" sollen diese Bauern "bevorzugten Zugang" zu neuen Produkten erhalten. Außerdem will Monsanto eine Marktstudie des United Soybean Board finanziell unterstützen und ein "Risiko-Schutzprogramm" für diejenigen Bauern in Missouri, Arkansas und North Carolina entwickeln, die in einer einzigen Saison zweimal RoundupReady-Sojabohnen anpflanzen. Die Bauern sollen eine Entschädigung in Form von vergünstigtem Saatgut (ungefähr 50 Prozent Nachlass) erhalten, falls die zweite Ernte aufgrund von Wetterfaktoren misslingen sollte. Im Jahr 2007 könnte diese Regelung vielleicht auch auf andere Gebiete ausgedehnt werden, so Monsanto. Mit diesen Maßnahmen sollen die Bauern in die Lage versetzt werden, sich auf dem internationalen Markt behaupten und weiter Monsantos Produkte kaufen zu können. In den USA wachsen schon auf 90 Prozent der Sojabohnen-Anbaufläche Produkte Monsantos. (St.-Louis Post-Dispatch, 09.03.06, zitiert nach GENET-news, www.genet-info.org) (ts)

Syngenta zu Bußgeld verurteilt

Die brasilianische Umweltschutzbehörde (Ibama) hat den Schweizer Agrochemiekonzern Syngenta mit einem Bußgeld in Höhe von umgerechnet etwa 400.000 Euro bestraft. Syngenta hatte Versuchsfelder mit transgenem Soja in unmittelbarer Nähe zum Iguacu Nationalpark angelegt. Versuchsfelder mit gentechnisch veränderten Pflanzen dürfen sich, laut Gesetz, nicht innerhalb der 10 km breiten Pufferzone zum Nationalpark befinden. Die Felder des Schweizer Konzerns liegen nur 6 km vom Park entfernt. Darauf aufmerksam machten Bauern der Via Campesina-Bewegung durch die Besetzung der Felder. Nach dem Urteil der Ibama forderten die Bauern die Zerstörung der Felder und hielten die Felder für mehrere Tage besetzt. (swissinfo, 22.03.06) (je)

Studienherausgabe zu GVO?

Die Bundesregierung entscheidet im Einzelfall, ob Studien zu gentechnisch veränderten Organismen (GVO) öffentlich zugänglich gemacht werden sollen. Berücksichtigt werden dabei die Vorgaben des Umweltinformationsgesetzes. Festgelegt sind darin der Schutz von personenbezogenen Daten, von Rechten an geistigem Eigentum sowie von Betriebs- und Geschäftsgeheimisnissen. Bündnis 90/Die Grünen hatten

eine kleine Anfrage an die Bundesregierung gerichtet, ob der Zugang zu Akten bezüglich der Zulassungsverfahren von GVO und deren Risikobewertung möglich sei. (vdi.de, 15.02.06) (je)

Sonnleitner zur Koexistenz

Der Präsident des Deutschen Bauernverbandes (DBV) Gerd Sonnleitner erklärte auf der BioFach 2006 in Nürnberg, der bei Saatgut zulässige Grenzwert für gentechnische Verunreinigungen sollte "in der Nähe von 0,1 Prozent" liegen, wenn eine Koexistenz gentechnisch veränderter, konventioneller und ökologischer Anbauformen ermöglicht werden soll. Laut DBV wäre eine Wahlfreiheit zwischen Landwirtschaft mit und ohne Gentechnik ansonsten nicht möglich. Die Gemeinsame Forschungsstelle der Europä- ischen Kommission hat dazu eine Studie veröffentlicht. Diese besagt jedoch, der zulässige Grenzwert könne bei 0,5 Prozent liegen. Unter Koexistenz ist hier zu verstehen, dass der Grenzwert bei Lebens- und Futtermitteln nicht 0,9 Prozent überschreitet. Ab diesem Wert müssen Produkte in der Europäischen Union als gentechnisch verändert gekennzeichnet werden. (Siehe auch den Artikel "Koexistenz? Kontamination!" von Christof Potthof in diesem Heft.) (Pressemitteilung des DBV, 17.02.06) (je)

Gv-Gehölze

Die achte Vertragsstaatenkonferenz zur Biodiversitätskonvention (CBD) hat in einer formalen Erklärung festgehalten, dass sie die durch gentechnisch veränderte Gehölze verursachten Gefahren anerkennt. Weiter mahnt die Erklärung die Vertragsstaaten zu einer vorsichtigen Herangehensweise im Umgang mit gv-Gehölzen. Die Erklärung begründet das mit den "ungewissen Folgen und Risiken der Technologie auf die Umwelt, die Wirtschaft und den Lebensraum der indigenen Völker". Orin Langelle, Co-Direktor des Global Justice Ecology Project sagte: "Die Entscheidung des CBD ist ein großer Erfolg der globalen Stoppt-gv-Gehölze-Kampagne und ein wichtiger Schritt diese desaströse Technologie zu stoppen". (Siehe auch GID 171, Schwerpunkt: gentechnisch veränderte Gehölze, September 2005). (globaljusticeecology.org, 01.04.06) (je)

Bt-Mais ohne ökonomische Vorteile

Die Universität Potsdam hat im Oderbruch eine dreijährige Monitoringstudie zum Einfluss von Bt-Mais auf den Maiszünsler und andere Insekten durchgeführt. Die Forscher bewerten den Anbau von Bt-Mais als "neue Alternative zur Bekämpfung des Maiszünslers". Hinsichtlich des Auftretens anderer Insekten und Spinnentiere wurden keine signifikanten Unterschiede festgestellt, abgesehen von einer fast 100-prozentigen Bekämpfung des Maiszünslers. Dafür untersuchten die Forscher besonders Thripse, Wanzen, Blattläuse und deren Fraßfeinde Laufkäfer und Spinnen. "Die erwarteten ökonomischen Vorteile wie etwa Ertragsplus oder bessere Nährstoff- und Energiegehalte durch geringeren Schaden beim Anbau von Bt-Mais als Silomais blieben in den Untersuchungsjahren aus." (Die Doktorarbeit ist im Internet abrufbar unter: http://opus.kobv.de /ubp/ volltexte/2006/626/) (olga)

Zimbabwe: (Noch kein) Import von gv-Mais

Als Geschwätz bezeichnete Zimbabwes Minister für Innere Sicherheit, Didymus Mutasa, Behauptungen, das Land hätte seine Haltung zur Einfuhr von transgenem Mais geändert und ließe Lieferungen aus Argentinien herein. Nach einer Meldung der Nachrichtenagentur Reuters hatten Getreidehändler von Mais-Lieferungen aus Argentinien berichtet, die in den Häfen des Nachbarlandes Mosambik gelöscht würden und für Zimbabwe bestimmt seien. Das Land galt bis vor einigen Jahren noch als Brotkorb des südlichen Afrika. Aufgrund einer verheerenden Agrarpolitik der Regierung Mugabe leiden heute jedoch Teile der Bevölkerung Hunger. Dies glaubte die US-Agrarlobby sich zunutze machen zu können, um dort andernorts verschmähte transgene US-Maisüberschüsse - als Nahrungsmittelhilfe deklariert - abzuladen. Doch Zimbabwe und andere Staaten im südlichen Afrika wehrten sich gegen diese Übergriffe. Mit gutem Grund: Die transgenen

Lieferungen bergen die Gefahr, die einheimischen Maissorten zu kontaminieren. Dies könnte nicht nur die eigenen Sorten auslöschen, sondern zukünftig - bei einem Export nach Europa - Probleme bringen. Um zu verhindern, dass gentechnischer Mais aus Lieferungen der Nahrungsmittelhilfe angebaut wird, akzeptiert Zimbabwe bis dato US-Lieferungen nur in Form von Maismehl. Doch diese Zurückhaltung dem Einsatz der Gentechnik gegenüber scheint unter dem Druck der Lobbyisten nun langsam aufgegeben zu werden. Laut Pressemeldungen liegt im Land mittlerweile ein Vorschlag für ein Gesetz zur Biologischen Sicherheit vor, das die Einrichtung eines Nationalen Biotechnologie-Fonds vorsieht. Dessen Ziel ist die Förderung und Vermarktung transgener Produkte. Der Fonds soll durch Abgaben von Erzeugern, Verarbeitern oder Käufern von Gentech-Produkten finanziert werden. Doch unter Regierungsmitgliedern gibt es keine einheitliche Haltung zum Einsatz der Gentechnik. Während die Ministerin für Technologie, Olivia Muchenda, den modernen Biotechnologien überwiegend Positives abgewinnt, betrachtet Landwirtschaftsminister Joe Made sie nach wie vor mit Vorbehalten. Gleichzeitig wird befürchtet, dass zukünftig chinesische Unternehmen in Zimbabwe transgene Baumwolle anpflanzen könnten. Die Regierung hatte sich in den letzten Jahren aufgrund der Isolation durch die westliche Welt mehr und mehr nach Asien hin geöffnet. Chinesische Gelder sollen demnächst die Baumwoll- und die Tabakerzeugung beleben. Zimbabwe zählt zu den weltweit bedeutendsten Tabakerzeugern, und auch Baumwolle wird dort für den Weltmarkt angebaut. Das transnationale Unternehmen Syngenta, ebenso wie der Agromulti Monsanto im Geschäft mit transgener Baumwolle aktiv, besitzt Anteile an Seeds Co., Zimbabwes größtem Saatguterzeuger. Schon jetzt kursieren Gerüchte im Land, dass auf Farmen, die Kontakt zu chinesischen und anderen ausländischen Firmen haben, illegale Versuchsfelder mit Bt-Baumwolle stehen. Bereits Ende der 90er Jahre hatte Monsanto einmal versucht, auf einer Versuchsstation illegal Bt-Baumwolle anpflanzen zu lassen. Nachdem dies seinerzeit aufgeflogen war, brannten die Forscher das Feld nieder. (Panos, UK, 13.03.06; Reuters, 20.02.06; The Herald, Zim-babwe, 20. und 21.02.06; The Chronicle, Zimbabwe. 08.09.05) (usp)

Landliebe mit Gentechnik

Kühe, von denen die Milch für Landliebe-Produkte stammt, bekommen gentechnisch verändertes (gv) Soja zu fressen. In zwei von fünf Futtermittelproben konnten Anteile von gv-Soja über dem Kennzeichnungsgrenzwert (0,9 Prozent) nachgewiesen werden. Dies geht aus Analyseergebnissen hervor, die von Greenpeace veröffentlicht worden sind. Einmal bestanden sogar 100 Prozent des Sojaanteils aus gv-Sojabohnen. Greenpeace hat im Rahmen des bundesweiten Aktionstages gegen Gentechnik am 3. März in 41 Städten in über 130 Supermärkten gegen die Verfütterung von gv-Soja bei Landliebe protes-tiert. Landliebe ist eine der Marken des Konzerns Campina, Landliebe-Joghurt erzielt nach Greenpeace-Recherchen die größte Gewinnspanne auf dem deutschen Markt. (PM Greenpeace, 03.03.06) (ts)

Steiermark: Neuer Vorsorgegesetz-Entwurf

Der Landesregierung des österreichischen Bundeslands Steiermark ist vom Agrarlandesrat Hans Seitinger ein neuer Entwurf eines Gentechnik-Vorsorgegesetzes vorgelegt worden. Die erste Version eines steirischen Gentechnik-Vorsorgegesetzes war im Vorjahr von der EU-Kommission unter anderem deshalb gekippt worden, weil darin der Schwellenwert für die zulässige Verunreinigung von Lebensmitteln mit 0,1 Prozent angesetzt worden war - der EU-Schwellenwert liegt bei 0,9 Prozent. Der neue Entwurf beinhaltet nun den EU-Schwellenwert für die zulässige Verunreinigung, schreibt aber auch eine Haftpflichtversicherung vor, die die Verwendung von gentechnisch verändertem Saatgut de facto unmöglich macht. Der Entwurf wurde als Auflage angenommen und soll in einer der nächsten Sitzungen beschlossen werden. Anschließend wird sich noch ein Ausschuss des Landtags mit dem Gesetzentwurf beschäftigen. Eine Beschluss-fassung im Plenum soll im Laufe dieses Jahres erfolgen. In Kärnten und in Salzburg gibt es bereits rechtskräftige Gentechnik-Vorsorgegesetze, auch in anderen österreichischen Bundesländern liegen Gesetzentwürfe vor. (http://steiermark.orf.at, 28.02.06, Kleine Zeitung, 28.02.06, zitiert nach GENET-news, www.genet-info.org; www.genfood.at, 02.03.06) (ts)

Puerto Rico: Tropisches Inselparadies der KWS

Auf der zu den USA gehörenden Karibikinsel Puerto Rico werden massiv gentechnische Experimente durchgeführt. Der Staat sei zum "tropischen Inselparadies" der AgroBiotech-Indus-trie geworden, erklärt das Projekt für die Biosicherheit von Puerto Rico, eine 2004 entstandene zivilgesellschaftliche Initiative. Bezogen auf die Größe der US-Bundesstaaten zählt die Insel demnach zu den Spitzenreitern in Sachen Freisetzung. Allein im vergangenen Jahr wurden dort 3.483 Experimente auf 1.330 Flächen genehmigt. Nur Hawaii (ebenfalls USA) kann mehr Experimente pro Quadratkilometer Landfläche vorweisen, dort sind es insgesamt 5.413. In Puerto Rico sind im Vorjahr transgene Kulturen von Mais (944), Soja (262), Baumwolle (99), Reis (15), Tomate (8), Papaya (1) und Tabak (1) angebaut worden. Erst unlängst hat sich dort das Saatgut-Unternehmen AgReliant Genetics niedergelassen, das zu den vier weltweit führenden Herstellern von Mais gehört. Ein Blick auf die Website von AgReliant zeigt, dass es sich dabei um die US-Niederlassung der deutschen KWS (Kleinwanzlebener Saatzucht) handelt, der Nummer 5 im Saatgut-Sektor weltweit. Die Firma AgReliant entstand im Jahr 2000 als Joint Venture der Bereiche Mais und Soja von Limagrain (Frankreich) und KWS. Verkauft werden unter anderem herbizid- und insektenresistente gentechnisch veränderte (gv) Maishybride. Puerto Rico habe mehr Feldversuche aufzuweisen als Kalifornien (1.964), schreibt das Projekt für die Biosicherheit (Proyecto de Bioseguridad de Puerto Rico), obwohl Kalifornien gut 40 Mal größer als die Insel sei. Mit der Etablierung von AgReliant werde die Rolle des Staates als Freilandlabor für unkontrollierte Freisetzungen der Konzerne verfestigt. Die Karibikinsel wurde Ende des 19. Jahrhunderts kurz nach Abzug der Spanier durch die USA eingenommen und ist seither ein sogenannter assoziierter Freistaat. Die US-Regierung besitzt dort unumschränktes Hausrecht, während gleichzeitigt die PuertoricanerInnen kein Wahlrecht für den US-Kongress haben, was quasi dem Status einer Kolonie gleichkommt. Dieser politische Status sei auch der Grund dafür, dass die Gen-Giganten so erpicht darauf wären, dort derart massiv ihre Feldversuche durchzuführen, meint Carmelo Ruiz-Marrero, Leiter des puertoricanischen Biosicherheitsprojektes. (Proyecto de Bioseguridad de Puerto Rico, 02.02.06; http://bioseguridad.blogspot.com; www. greatlakeshybrids.com/about/history/; www.kws.de/ ca/fh/tgz/) (usp)

Speisekarte ohne Gentechnik?

Nur wenige Anbieter von Gemeinschaftsverpflegung sind dazu bereit, ihren Kunden garantiert gentechnikfreies Essen anzubieten. Dies ergab eine Untersuchung der Verbraucherzentralen. Bundesweit wurden über 1.400 Kantinen, Catering-Unternehmen, Restaurants, Krankenhäuser, Jugendherbergen sowie Studentenwerke und Kindertageseinrichtungen mit dem Ziel angeschrieben, eine Selbstverpflichtungserklärung zum Verzicht auf Gentechnik einzuholen. Nur 37 Anbieter gaben eine solche Selbstverpflichtungserklärung ab, 19 davon mit Einschränkungen. Die übrigen Reaktionen der Befragten machten deutlich, so die Verbraucherzentralen, dass die Unternehmen Schwierigkeiten damit haben, Essen ohne Gentechnik bereitzustellen, obgleich die Bereitschaft dazu vorhanden wäre. Zum einen ist dies bedingt durch die Vielzahl verschiedener Zulieferer und den Einsatz von Fertigprodukten, zum anderen aber auch aufgrund der fehlenden Deklarationspflicht bei Produkten, die von Tieren stammen, bei denen gentechnisch veränderte Futtermittel zum Einsatz gekommen sind. Die Verbraucherzentrale Baden-Württemberg hat nun den Gesetzgeber dazu aufgefordert, eine Pflicht zur Kennzeichnung solcher Produkte einzuführen. Umfragen zufolge lehnen rund 70 Prozent der deutschen Verbraucher Gentechnik im Essen ab. (PM Verbraucherzentrale Baden-Württemberg, 08.03.06, www.vz-bawue.de/link21 2662A.html) (ts)

Hawaii: Anbau-Moratorium für Kaffee und Taro

Der hawaiianische Senat hat in diesem Frühjahr einen Stopp für Freisetzungen von Kaffee und Taro, zwei Kulturpflanzen, die eng mit der Identität des Landes verbunden sind, verfügt. Zwar kann in Labor und Treibhaus weiterhin experimentiert werden. Doch dürfen bis 2011 keine Freisetzungen der beiden Pflanzen stattfinden. An der Tarowurzel, aus der das traditionelle Gericht Poi zubereitet wird, soll für fünf Jahre

jedwede Genmanipulation unterbleiben. Die Wurzel gilt als heilig, denn nach der Schöpfungsgeschichte entstammt ihr das hawaiianische Volk. Kaffee aus der Region Kona gilt als hochwertiges Qualitätsprodukt. Zudem wurde für den kommerziellen Anbau der beiden transgenen Kulturen ein zehnjähriges Moratorium erlassen. Die politisch zu den USA gehörende Insel gilt als das größte Freilandlabor der Welt für transgene Kulturen. Seit dort im Jahr 1988 die Tomate Flavr Savr erprobt worden war, folgten bis zu zum heutigen Tage Freisetzungen von Tabak, Baumwolle, Soja und Mais. Die meisten der in den 17 Jahren in den USA zugelassenen Experimente wurden dort durchgeführt (siehe auch Notiz Puerto Rico in diesem GID). Der Agrobiotech-Gigant Monsanto nutzt die Insel unter anderem, um dort transgenes Maissaatgut zu erzeugen. Kritiker im Land glauben, dass es die Entfernung zum US-Festland sei, die die Insel so attraktiv für die "gene jockeys" mache. Dort könnten sie außerhalb neugieriger Blicke agieren. Hawaii hatte bereits 1998 eine transgene Papayasorte zugelassen, die mit einer Resistenz gegen den Ringspot Virus ausgestattet ist. Papaya zählt zu den führenden Exportprodukten des Landes. Doch ist in den letzten Jahren die Konkurrenz in Mexiko und Brasilien gewachsen. Kanada, Hawaii selbst und das Festland der USA bleiben auch nach Einführung der gentechnisch veränderten Variante die wesentlichen Absatzmärkte der Frucht. Dort wird keine Kennzeichnung gefordert. Zusammengebrochen ist jedoch der japanische Markt für hawaiianische Papaya. Nach offiziellen Daten sank das Exportvolumen nach Japan zwischen 1998 und 2005 von 10,3 auf 4,6 Millionen US-Dollar. Für den Export in Staaten, die keine transgenen Früchte akzeptieren, müssen die Produzenten gentechnikfreier Papaya ihre Erzeugnisse inzwischen strengen Tests unterziehen. (Honolulu Advertiser, 21.03.06; AP, 16.01.06 und 02.03.06; KHON2, 01.03.06, Maui News, 04.11.05) (usp)

Costa Rica: Kontaminationsalarm

Mit einem Brief an den für die biologische Sicherheit zuständigen Pflanzenschutzdienst Costa Ricas schlug eine einheimische Bürgerinitiative Ende Februar öffentlich Alarm. In dem mittelamerikanischen Staat, der als ein Zentrum biologischer Vielfalt gilt, bedrohen demnach die dort seit 15 Jahren stattfindenden Freisetzungen transgener Kulturen von Soja und Baumwolle die Ökologie der Region und die Gesundheit der Anwohner. Costa Rica wird von den Konzernen des agrobiotechnologischen Sektors seit vielen Jahren für die Vermehrung von gentechnisch verändertem Saatgut genutzt. Davon betroffen ist besonders der trockene, windige Norden des Landes, wo Baumwoll- und Sojasaaten gezogen werden. "Die transgenen Kulturen der Konzerne haben sich in Unkräuter verwandelt", heißt es in dem Schreiben, das auch an die Presse ging. Die Situation sei derart außer Kontrolle geraten, dass inzwischen gentechnisch veränderte Baumwollpflanzen nicht nur auf brach liegenden Feldern massenhaft aufträten, sondern auch an Straßenrändern und in Vorgärten der Region wüchsen. Zudem sei auf den Feldern mit transgenen Saaten ein massiver Einsatz von Pes-tiziden festzustellen. Die Bürgerinitiative aus Cañas, einer nördlichen Kleinstadt, hat überdies Informationen darüber, dass Anwohner von Feldern herbizidresistenter Sojasaaten die nach der Ernte auf den Feldern verbleibenden Bohnen einsammeln, um sie zu essen." Das hier produzierte transgene Soja nutzt man in anderen Ländern als Saatgut für Tierfutter und nicht für den menschlichen Konsum. Dies ist aber den Anwohnern nicht bekannt", erklären die besorgten Aktivisten. Angesichts der Komplexität der Technologie sei es offensichtlich, dass der Pflanzenschutzdienst nicht über die notwendigen Kapazitäten zur Kontrolle der Felder verfüge. Die Bürgerinitiative fordert deshalb einen Wechsel in der Agrarpolitik des Landes und schlägt den Verzicht auf den Einsatz der transgenen Kulturen vor. Diese dienten nur einigen wenigen Konzernen, würden aber gleichzeitig enorme Kosten in Costa Rica verursachen. In seiner Antwort auf das Schreiben weist der Leiter der Abteilung für Biotechnologie zurück, dass die Kontrollen der Felder nicht funktionierten. "Während der 15 Jahre, in denen diese Technologie geregelt ist, kam es zu keinen größeren Störungen", heißt es dort. Gleichzeitig bestätigt das Schreiben aber indirekt die erhobenen Klagen. Denn der Abteilungsleiter sagt darin auch zu, in der kommenden Sitzung der Nationalen Kommission für Biologische Sicherheit die Vorfälle zum Thema zu machen. Unterstützung erhält das Bürgerkomitee von Cañas unterdessen auch aus der Nationalen Universität Costa Ricas. Ein Mitarbeiter des Regionalen Instituts für Studien an toxischen Substanzen (IRET) forderte im März den Pflanzenschutzdienst dazu auf, dafür zu sorgen, dass der Durchwuchs von transgener Baumwolle auf den Feldern und die unbeabsichtigten Freisetzungen beendet werden. Die transgenen Kulturen seien eine Bedrohung für die biologische Vielfalt und ebenso für die Gesundheit von Landarbeitern und Anwohnern der Felder. Mit ihnen liefe das Land

zudem Gefahr, dass "Super-Unkräuter" mit Resistenzen gegen Glyphosat entstünden. (Persönliche Kommunikation) (usp)

China: Babynahrung kontaminiert

Ein in China hergestellter Babybrei des US-amerikanischen Lebensmittelherstellers Heinz enthält Bestandteile aus nicht zugelassenem gentechnisch verändertem (gv) Reis. Dies ergaben Recherchen von Greenpeace. 19 Nahrungsmittelproben aus Supermärkten in Peking waren von GeneScan, einem deutschen GVO-Analyse-Labor, untersucht worden. In einem Produkt - "Baby Cereals" der Firma Heinz - waren gentechnisch veränderte Bestandteile gefunden worden. Dabei handelte es sich um eine gv-Reissorte, die durch Übertragung eines Gens aus dem Bodenbakterium Bacillus thuringiensis, das das so genannte Bt-Toxin produziert, eine Resistenz gegen Insekten aufweist. Dieser Reis ist nicht zugelassen. Heinz China wurde von Greenpeace informiert und aufgefordert, eine Rückrufaktion einzuleiten. Außerdem forderte Greenpeace die chinesische Regierung auf, die weitere Ausbreitung von gv-Reis in der Nahrungskette zu unterbinden. Schon im vergangenen Jahr hatte Greenpeace diese gv-Reissorte auf Märkten in Guangzhou und Wuan in der Provinz Hubei entdeckt. Heinz-UFE Ltd., ein Joint Venture zwischen Heinz und einem chinesischen Unternehmen, stellt die Babynahrung in Guangzhou her und verkauft sie in China. Heinz teilte jedoch mit, in seinen Produkten seien keinerlei gentechnisch veränderte Inhaltsstoffe enthalten. Dies sei bei Tests von unabhängigen Instituten nachgewiesen worden. Außerdem gebe es bis heute keine wissenschaftlichen Beweise für eine gesundheitsschädliche Wirkung von gv-Produkten. Das chinesische Landwirtschaftsministerium wird die Vorwürfe gegen Heinz untersuchen. (Reuters, 14.03.06; english. eastday.com, 14.03.06, zitiert nach GM watch, www.gmwatch.org, derStandard.at, 16.03.06) (ts)

Bayer beschwert sich

Der Chemie- und Pharmakonzern Bayer hat eine Änderung des deutschen Gentechnik-Gesetzes gefordert. "Mit seiner unangemessenen Haftungsregelung" behindere es einen wichtigen Forschungs- und Wirtschaftszweig, so der Bayer-Chef, Werner Wenning, im Rahmen der Bilanzpräsentation des Unternehmens. Deutsche Unternehmen sollten im globalen Wettbewerb nicht länger schlechter gestellt sein. Eine Novelle des Gesetzes müsse auf den Weg gebracht werden, die es ermögliche, die "Grüne Gentechnik" auch in Deutschland anzuwenden. Der Umsatz des Unternehmens ist im Jahr 2005 um 17,6 Prozent auf 27,383 Milliarden Euro gestiegen. (Wiener Zeitung, 07.03.06; www.presse.bayer.de) (ts)

Kalorienreduzierter Apfel

Der Stoffwechsel von Apfelbäumen wurde von US-amerikanischen Forschern mittels Gentechnik so verändert, dass vorwiegend der Süßstoff Sorbit und nicht wie normalerweise der Fruchtzucker Fruktose in den Äpfeln eingelagert wird. Sorbit hat einen um cirka 45 Prozent geringeren Kaloriengehalt als Fruktose. Produziert wird Sorbit in den Blättern des Baumes, erst im Apfel wird es zu Fruktose umgewandelt. Diesen Umbauvorgang haben die Forscher blockiert. Künstlich erzeugtes Sorbit findet in der Lebensmittelindustrie bereits vielfach Einsatz. (wissenschaft.de, 18.02.06) (olga)

Schwein statt Fisch

Omega 3-Fettsäuren sind mehrfach ungesättigt und gelten als gesundheitsfördernd. Diese Fettsäuren kommen von Natur aus mit unterschiedlichem Gehalt zum Bespiel in Fisch und Leinsamen, Soja oder Raps vor. Schweinefleisch gilt allgemeinhin als fett und enthält gesättigte Fettsäuren der Omega 6-Kategorie. US-amerikanische Forscher haben nun gentechnisch veränderte Ferkel gezüchtet, deren Fett zu acht Prozent aus Omega 3-Fettsäuren besteht. Das ist ein fast so hoher Gehalt, wie er in Fisch zu finden ist. Nach Ansicht der Wissenschaftler um Jing Kang von der Harvard Medical School in Bos-ton (US-Bundesstaat Massachusetts) ist dieser Wert durchaus noch ausbaufähig. Die Forscher übertrugen ein Gen des Fadenwurms C. elegans

mittels Kerntransfers in Eizellen, denen zuvor das Erbgut entfernt wurde. So bearbeitet wurden 1.600 Zellen, aus denen einige geklonte Embryonen und schließlich acht gentechnisch veränderte Ferkel entstanden. Sechs von ihnen seien gesund und sollen eine Zuchtlinie aufbauen, denn die Schweine sind als menschliche Nahrung gedacht. Noch steht die Entscheidung über eine Zulassung der amerikanischen Behörde FDA (Food and Drug Administration) aus. Währenddessen wollen Jing Kang und sein Team Omega 3-Rinder und Omega 3-Hühner züchten. (dradio.de, 28.03.06) (olga)

Rumänien: erste gentechnikfreie Region

Rumänische Nichtregierungsorganisationen ließen verlauten, dass sich die beiden Städte Sangeorz-Bai und Nassaude zusammen mit 24 Gemeinden zur gentechnikfreien Region erklärt haben. Dies ist die erste Region dieser Art in Rumänien, das nach offiziellen Angaben des dortigen Landwirtschaftsministeriums im Jahr 2005 auf 67 Prozent der Sojaanbau-flächen gentechnisch veränderte (gv) Sorten kultiviert hat und somit gv-Pflanzen großflächig anbaut. (agrimanager.de, 20.03.06) (olga)

Gv-Rapssamen ohne Bitterstoffe

Wissenschaftler des Leipzig-Instituts für Pflanzenbiochemie (IPB) starten im Rahmen des Projekts "YelLowSin Rapeseed"eine Kooperation mit kanadischen Kollegen. Die deutschen Wissenschaftler hatten in einem Vorläuferprojekt (NAPUS 2000) gentechnisch veränderten Raps gezüchtet, dessen Bitterstoffsynthese um 80 Prozent reduziert ist. Hintergrund dieses Bemühens ist der hohe Proteingehalt der Rapssamen. Der Pressrückstand bei der Ölproduktion kann bei gemindertem Gehalt des Bitterstoffes Sinapin als Nahrungsmittelzusatz dienen. Um die Ergebnisse zu überprüfen bedarf es diverser Freilandversuche, die nun in Kanada stattfinden sollen. Der Name YelLowSin Rapeseed setzt sich aus Yellow Low Sinapin, also gelber Rapssamen mit wenig Sinapin, zusammen und beschreibt die Ziele dieser Zusammenarbeit. Der in Kanada kultivierte Sommerraps hat häufig gelbe Samen, die sich leichter verarbeiten lassen. Zudem weist er einen höheren Öl- und Proteingehalt - gemessen am schwarzsamigen, hiesigen Winterraps - auf. Angestrebt wird mittels Gentechnik und konventioneller Züchtung eine Rapssorte zu entwickeln, die die Vorteile beider Rapssorten vereinigt: Kälteresistenz, geringer Gehalt an Bitterstoffen und hohe Erträge. Ebenso wie Napus 2000 in der Vergangenheit wird auch YelLowSin vom Bundesministerium für Bildung und Forschung finanziert. (PM IPB, 16.03.06) (olga)

Gv-Landminensuchpflanze

Dänische Wissenschaftler haben, Berichten der Westdeutschen Zeitung (WZ) zufolge, Pflanzen der Ackerschmalwand (Arabidopsis thaliana) derart gentechnisch verändert, dass sie in der Lage sind, Landminen aufzuspüren. Die Markteinführung sei für 2007 geplant. Die Wissenschaftler beschreiben die Wirkungsweise wie folgt: Wird die Ackerschmalwand ausgesät, verfärben sich ihre Blätter innerhalb von drei bis sechs Wochen, wenn die Wurzeln der Pflanzen in Kontakt mit Stickstoffdioxid (NO_2) gekommen sind. Der Geschäftsführer der dänischen Firma Aresa, Simon Oestergaard, beschrieb bereits 2004 in der BBC das große Potential der Entwicklung. Nach Angaben der BBC gibt es auf der Welt etwa 100 Millionen nicht entdeckte Landminen. Carsten Meier von Aresa meinte seinerzeit, es sei notwendig diejenigen zu überzeugen, die jetzt an der Entschärfung der Landminen arbeiten. Ein Test, der in Angola durchgeführt wurde, musste abgebrochen werden, da es zu Schwierigkeiten mit den Organisationen kam, die bereits mit der Minensuche betraut sind, berichtete die WZ. Welcher Art diese Schwierigkeiten waren, wurde nicht bekannt. Bob Gravett vom schottischen Halo-Trust erklärte gegenüber der BBC, die Pflanzen könnten nur Hinweise geben. Diese gebe es aber auch heute schon von der lokalen Bevölkerung. Zudem gebe es mit der Methode keine Sicherheit alle Minen zu entdecken, da manche über eine spezielle Dichtung verfügen. Die wichtigste Aufgabe sei aber, zu gewährleisten, dass es in einem Gebiet keine Minen mehr gebe. Gravett fügte hinzu: "Über die letzten Jahre hatten wir Bienen und Ratten. Jetzt haben wir die Ackerschmalwand." (WZ 23.03.06; BBC-news 28.01.04, http://news.bbc.co.uk) (pau)

EFSA in der Kritik

Der Rat der EU-Umweltminister hat in seiner Sitzung am 6. März die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (European Food Safety Agency - EFSA) überraschend deutlich kritisiert. Die Umweltminister äußerten fast einstimmig, mit Ausnahme Großbritanniens, ihre Zweifel bezüglich der Zulassungsverfahrenfür gentechnisch veränderte Organismen (GVO). Hinterfragt wurde dabei besonders die wissenschaftliche Grundlage der Zulassungen. Schon seit mehreren Jahren machen Greenpeace und Friends of the Earth auf die lasche Überprüfungspraxis der EFSA aufmerksam. Der EU-Kommissar für Umwelt, Stavros Dimas, erklärte nach der Ratssitzung, eine Veränderung der EFSA sei nunmehr notwendig. Fest steht, dass das bisherige Verfahren der Zulassung durch EFSA-Ausschüsse beibehalten werden soll, so Dimas. Einige Staaten hatten verlangt, dass bei Abstimmungen über Zulassungsverfahren eine einfache Mehrheit der Mitgliedsstaaten ausreichen soll. Bislang ist eine Entscheidung durch eine doppelte Mehrheit, sowohl die Mehrheit der Stimmen (vergeben nach Einwohnerzahlen) als auch die Mehrheit der Länder erforderlich. Das Fazit von Dimas: Veränderungen bei den Ausschussverfahren der EFSA sind bis zum Ende des Jahres zu erwarten. Unklar ist bislang was genau verändert werden soll. (Zum Zulassungsverfahren der EFSA siehe auch: " Wer kontrolliert die EFSA?" Artikel von Werner Müller im GID 170, Juni/Juli 2005.) (Agra Facts No. 21-6, zitiert nach GENET-news, www.genet-info.org, 10.03.2006) (je)

Macht Bt-Baumwolle krank?

In den vergangenen Jahren hatten in Indien Bauern und Landarbeiter über gesundliche Beeinträchtigungen durch Bt-Baumwolle geklagt. In einer Voruntersuchung, wie sie es nennen, haben indische Wissenschaftler nun einen Überblick erstellt welcher Art die zu beobachtenden Reaktionen sind. Zugleich wollten sie versuchen einen Zusammenhang zwischen diesen Symptomen und der gentechnisch veränderten Baumwolle ermitteln. Dabei untersuchten die Wissenschaftler nur solche Personen, die über körperliche Beschwerden zu klagen hatten, 23 an der Zahl. Bei allen konnte Juckreiz, bei 19 von ihnen Rötungen der Haut festgestellt werden. 20 der Untersuchten hatten Ausschlag der Haut, dreizehn Schwellungen im Gesicht zu beklagen. Die Autoren des Berichtes kommen zu dem Schluss, dass es einen direkten Zusammenhang zwischen dem Auftreten der Symptome und dem Kontakt mit der Bt-Baumwolle gibt. Er ergibt sich aus den betroffenen Körperteilen, den Kontaktpunkten zur Baumwolle, den landwirtschaftlichen Tätigkeiten vor dem Auftreten der Symptome und der Beschaffenheit der Pflanzen. Während der Untersuchung wurden Bauern und Landarbeiter aus fünf Dörfern in zwei Distrikten berücksichtigt. Sie liegen in Nimad, einer Region im Westen von Madhya Pradesh, in der zunehmend Baumwollanbau zu finden ist. (Impact of Bt Cotton on Farmers' Health - Teil 1/ 2, 21.2.06, im Internet unter: www.gmwatch.org/print-archive2.asp ?arcid=6265 und 6266) (pau)

1507 als Lebensmittel zugelassen

Die EU-Kommission hat am 3. März den Bt-Mais 1507 der Firma Pioneer Hi-Bred International, einer Tochterfirma des DuPont-Konzerns, für die Verwendung als Lebensmittel in der Europäischen Union zugelassen. Diese Entscheidung folgt den Zulassungen für den Import von Produkten mit diesem Mais und der Verwendung als Futtermittel, die bereits Ende des vergangenen Jahres ausgesprochen worden waren. Nach wie vor besteht aber keine Genehmigung für den Anbau in den Grenzen der EU. Durch die Produktion des ursprünglich vom Bodenbakterium Bacillus thuringiensis stammenden und nach ihm benannten Bt-Toxins soll der gentechnisch veränderte Mais nach Herstellerangaben Schutz gegen Schadinsekten wie Maiszünsler, Maiswurzelbohrer und Ypsiloneule bieten. (bmgf.at, 03.03.06) (pau)

Informationen zur Veröffentlichung

Erschienen in:
GID Ausgabe 175 vom April 2006
Seite 22 - 26